

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redakteur und Chefredakteur:
Erich Müfflinghaus, Berlin.
Telefon: Emil Straß 4226/4228



Adressen für Briefe und Bestellungen:
Berlin O 20 01, Zehn-Märkte-Platz 6
Telefon: Capelle

Die Zeitung wird im Colporteur-Vertrieb zu einem Preis von 10 Pfennig abgegeben. Der Abnehmer ist verpflichtet, die Zeitung zu bezahlen. Die Zeitung wird nicht an Abonnenten geliefert, die nicht den Namen des Abnehmers angeben. Die Zeitung wird nicht an Abonnenten geliefert, die nicht den Namen des Abnehmers angeben.

Berlin, den 29. Nov. 1932.

Inf. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Das grosse Durcheinander.

Papens "grundsätzlich neue Staatsführung".

SPD. Wie aus der Pistole geschossen taucht plötzlich am Dienstag vormittag das Gerücht auf, Papen kommt wieder, Papen erhält Vollmacht, ein Kampfkabinet gegen den Reichstag zu bilden und unter dem Vorwand der Anwendung des Artikels 48 den Staatsstreich zu vollziehen und den Reichstag gegen die klaren Bestimmungen der Verfassung zu vertagen. Nach den Verhandlungen des Montag und den Erklärungen, die Herr von Schleicher dabei abgegeben hat, kam diese Nachricht, von der sich bald herausstellte, dass sie nicht nur ein Gerücht war, gänzlich unerwartet. Aber das ist ja eben das Wesen der neuen autoritären Staatsführung dass sie auf das Volk und die Ansicht der Öffentlichkeit nicht den mindesten Wert legt sondern dass sie ihre Züge unternimmt, ohne nach der Rückwirkung auf das Volk zu fragen.

Diese Nachricht hat enthüllt, dass in den oberen und obersten Regionen der neuen autoritären Staatsführung ein grauenhaftes Durcheinander herrscht, dass dort ein Zickzack-Kurs gesteuert wird, den Schiff und Steuermann nicht mehr lange vertragen können. Die schlimmsten Zeiten des wilhelminischen Regimes werden wieder lebendig. Rücktritt Papens - Verhandlungen mit Parteiführern - Briefwechsel mit Hitler - Schleichers Mission - und nun plötzlich wieder Papen damit das Spiel wieder von vorn beginnen konnte. Diesmal nur in verschärfter Form und mit vergrößertem Risiko. Das ist schlimmer noch als der tollste Zickzack-Kurs, der jemals unter Wilhelm gesteuert worden ist. Es enthüllt, dass die grossen Politiker der autoritären Staatsführung nicht mehr aus noch ein wissen, dass sie aus Scheu vor aller politischen Vernunft und vor einfachen Notlösungen die komplizierte Situation künstlich noch stärker komplizieren wollen.

Es ist ein Witz der Weltgeschichte, dass die Männer dieses Kurses, die in dem grossen Durcheinander, das sie angerichtet haben, herumrühren, sich ausgerechnet konservativ nennen. Eines ist klar: konservativ wirkt ihre Tätigkeit in der Firma neue autoritäre Staatsführung wahrhaftig nicht. Soviel von Staatsautorität, von politischem Zusammenhalt, von Festigkeit des Staats- und des Reichsgefüges und geordneten Regierungsverhältnissen ist noch niemals in die Brüche gegangen als in der Zeit der neuen autoritären Staatsführung.

Welche treibenden Kräfte hinter dem neuen Papen-Projekt stehen, ist klar genug. Ist erst einmal der Rubikon des Staatsstreiches überschritten, so kalkulieren sie, so kommt es auf ein halbes Dutzend von weiteren Verfassungsbrüchen auch nicht mehr an. Und wenn ausser der Verfassung noch einiges andere aus dem Rahmen geht, so fragen sie doch nicht danach, wenn nur die Republik dabei zu Schaden kommt und die Hoffnungen der Feudalreaktionäre auf eine Diktatur der Barone und der Junker sich erfüllen.

Es ist wahr: das Parlament ist eine Stätte der Verwirrung, seitdem

Parlament- und verfassungsreindliche Parteien darin eine Mehrheit erhalten haben. Es ist wahr, dass angesichts der Mehrheit der Verfassungsfeinde auch die Parteien für eine normale Handhabung der Gesetzgebung und Regierungsbildung versagen müssen. Aber das ist alles nichts gegen das, was sich in dem Gebilde der autoritativen Staatsführung und der autoritären Regierung abspielt! Der deutsche Reichstag ist noch ein Symbol der Zielbewusstheit gegen den Zickzack-Kurs, der jetzt in der Wilhelmstrasse gesteuert wird.

Dieses grosse Durcheinander ist symbolisch. Es sollte zugleich eine letzte ernste Warnung sein an alle, die das Experiment Papen wiederholen wollen. Was sich am Dienstag abgespielt hat, sieht nach stiller Anarchie aus, nach Aufhören geordneter Verhältnisse. Wenn das Experiment Papen wiederholt wird, so wird diese stille Anarchie aus den Kreisen der Wilhelmstrasse weiter greifen nach Preussen und ins ganze Reich, und die Gefahr lässt sich nicht bestreiten, dass aus dem stillen bald ein sehr lautes und gefährliches Chaos werden könnte.

Dieser Zickzack-Kurs, diese Faustschläge gegen das Volksempfinden, die Absicht, einen Mann, den das Volk verurteilt hat, dem Volke wieder aufzwingen zu wollen, das ist der Kern des Systems Papen, das ist sein eigentlicher Inhalt. Das System darf nicht wiederkommen; das System muss endgültig verschwinden. Wenn der Versuch gemacht werden sollte, es zu erneuern, dann wird, wenn das Chaos erst einmal da ist, die Reue der Verantwortlichen zu spät kommen.

SPD. Braunschweig, 29. November (Eig. Dr.)
Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Braunschweig wenden sich in einer scharfen Erklärung am Schwarzen Brett wiederum gegen den Volksbildungsminister Klagges. Sie stellen fest, dass einige Pharmazeuten und der Leiter der Pharmazeutischen Abteilung, Hormann, sich grobe Disziplinwidrigkeiten habe zuschulden kommen lassen. Trotz Aufforderung des Rektors habe sich Hormann geweigert, eine in seinem Laboratorium aufgestellte Nazifahne zu entfernen.

In dem Anschlag wird ferner bedauert, dass Naziminister Klagges eine Bestrafung der Schuldigen verboten habe, weshalb sich Rektor und Senat mit einer öffentlichen Feststellung begnügen müssten. Klagges selbst ist seit dem 8. November in Urlaub und leitet den Krieg gegen die Hochschule von seiner Privatwohnung aus.

SPD. Der Kanzler des neuen Präsidialkabinetts lässt immer noch auf sich warten. Sicher scheint nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nur, dass es Herr von Papen oder Reichswehrminister von Schleicher sein wird.

Am Montag hatte Schleicher die meisten Aussichten, am Dienstag von Papen. Nicht weil von Papen etwa Herrn Schleicher überlegen wäre, oder er gar in den Augen des Reichspräsidenten als grösserer Politiker gilt. Nein - weil die Verhandlungen des Reichswehrministers um einen Waffenstillstand bereits gescheitert schienen. Die Nationalsozialisten Frick und Strasser hatten die für Vormittags angesetzte Besprechung mit Schleicher abgesagt. Also betrachtete man weitere Bemühungen des Reichswehrministers um eine Verständigung mit dem Parlament für zwecklos. Allerdings war das, wie es heisst, nicht die Meinung des Herrn von Schleicher, wohl aber die in der Umgebung des Herrn von Papen. So verkündete man von dieser Seite die bevorstehende Wiederernennung Papens und liess sie bei Rückfragen bestätigen. Nur hatte die Geschichte den Haken, dass Schleicher seine Besprechungen angeblich noch nicht für beendet hielt und noch weniger für endgültig gescheitert. Im andern Falle wäre die Wiederernennung Papens zweifellos schon am Dienstag erfolgt. Einmal wünscht der Reichspräsident ausser Schleicher zurzeit keinen anderen Reichskanzler als

Papen und zum andern dürfte sich kaum ein Mann von Qualitäten finden, der geneigt wäre Papens Hinterlassenschaft unter den obwaltenden Umständen zu übernehmen. Konfliktkanzler kann schliesslich nur ein Mann spielen, der nichts, aber auch gar nichts mehr zu verlieren hat.

Wie das Kulissenspiel ausgehen wird, liess sich auch am Dienstag-Abend nur schwer beurteilen. Es heisst, dass Schleicher seine Besprechungen am Mittwoch fortsetzen und zunächst Hitler empfangen wird. Aber auch diese Besprechung dürfte, selbst wenn man die Absagen der Nazipresse an Schleicher nicht hundertprozentig nimmt, wahrscheinlich kein positives Ergebnis haben. Was Schleicher dann zu tun gedenkt, ob er seine Bemühungen einstellt oder einem Ratschlag des Zentrumsführers Kaas folgt und bis zum 6. Dezember, dem Tag des Wiederzusammentritts des Reichstags, weiterverhandelt um Zeit zu gewinnen und die Partner zu zermürben, ist zunächst sein Geheimnis, von dem höchstens ein kleiner Kreis um Hindenburg wissen dürfte.

In diesem Zusammenhang sei schliesslich noch die Vermutung verzeichnet, dass der Reichspräsident Herrn von Papen bereits am Dienstag mit der Neubildung der Regierung beauftragt haben soll. Wie es weiter heisst, soll eine offizielle Mitteilung über die Wiederernennung des Herrn von Papen erst ergehen, wenn die Zusammensetzung der Regierung feststeht. Manches spricht für diese Vermutung! Jedenfalls liegt Papen in Front!

SPD. Paris, 29. November (Eig. Drahtb.)

In der Kammer kam es am Dienstag-Vormittag anlässlich der Beratung eines Gesetzentwurfs über die Genehmigung von Nachtragskrediten für das Budget 1931/32 zu einer bewegten Debatte über die Schuldenfrage.

Der nationalistische Abgeordnete Marin wandte sich gegen die Beratung des Gesetzentwurfs, weil die von der Regierung angegebenen Gründe für die geforderten Kredite unzureichend seien. Der Gesetzentwurf enthalte u.a. eine Forderung von $1\frac{1}{2}$ Milliarden zur Ausgleichung der infolge des Hoover-Moratorium nicht eingegangenen deutschen Reparationszahlungen. Angesichts des Fälligkeits termins für die Schuldzahlung an Amerika, meinte Marin, dürfe die Kammer diesen Kredit nicht bewilligen ohne zu dem Schuldenproblem Stellung genommen zu haben. Der Redner wies darauf hin, dass bei der Ratifizierung des Schuldenabkommens mit Amerika eine Entschliessung Hereau angenommen worden war, die besagt, dass Frankreich an Amerika nicht mehr zahlen dürfe als es von Deutschland erhalte. Aufgrund dieser Entschliessung müsste die Kammer jetzt klar zum Ausdruck bringen, dass Frankreich infolge des Fortfalls der deutschen Zahlungen nichts an Amerika zu zahlen habe.

Der Vorsitzende der Finanzkommission, Malvy, der Budgetminister Palmade und Unterstaatssekretär Paganon in Vertretung Herriots baten Marin, auf den Antrag zu verzichten, da eine Debatte über die Schuldenfrage während einer Kreditberatung nicht am Platze sei. Im übrigen wiesen sie darauf hin, dass Herriot versprochen habe, die Kammer nicht vor eine vollendete Tatsache zu stellen, sondern ihr noch vor dem 15. Dezember Gelegenheit zu einer Aussprache über die Schuldenfrage zu geben. Marin bestand aber zunächst auf seinem Antrag und wurde darin von Franklin-Bouillon unterstützt, der sich in seinem gewohnten Hottton gegen den Young-Plan und die Lausanner Abkommen aussprach. Aufgrund des Young-Plans, so erklärte er, habe Frankreich Mainz geräumt und aufgrund dieser Räumung steuere man jetzt einem neuen Krieg entgegen. (Lebhafte Proteste links und in der Mitte.) Wenn die Kammer vor der Lausanner Konferenz dem Ministerpräsidenten mehr Macht in die Hände gegeben hätte, hätte er dort nicht auf die Reparationen gegen vage Versprechungen Englands und Amerikas verzichtet. Eine Debatte über die Schuldenfrage sei notwendig, bevor die Regierung einen Beschluss gefasst habe.

Schliesslich machte Malvy dem Abgeordneten Marin den Vorschlag, seinen

Antrag auf Verweigerung der Zahlungen an Amerika in Form einer Entschliessung einzubringen, über die die Finanzkommission in zwei Tagen Bericht erstatten werde, sodass eine Debatte im Plenum in kurzer Zeit stattfinden könne. Marin erklärte sich damit einverstanden, worauf der Nachtragskredit in Höhe von 2,7 Milliarden Francs genehmigt wurde. Die Debatte über die Entschliessung Marin wird wahrscheinlich am Freitag stattfinden.

SPD. Köln, 29. November (Eig. Drahtb.)

Gegen die stramm Deutschnationalen Major a.D. Niemöller-Godesberg und Notar Dr. Möller-Waldbrühl, hat der Staatsanwalt einen Haftbefehl wegen Devisenschiebung erlassen. Mit Hilfe angesehenen und "feiner Leute" des Rheinlandes, haben die Beschuldigten grosse Aktienpakete der I.G. Farbenindustrie nach Holland verschoben. Allein der Major a.D., der "vom Wohlfahrtsstaat" eine fette Pension bezieht, ist mit 152 000 Mark an dem Schieberhandel beteiligt. Niemöller sowie Möller wurden aber rechtzeitig gewarnt. Sie sind nach Frankreich geflohen.

SPD. Dresden, 29. November (Eig. Drahtb.)

Im sächsischen Landtag stand am Dienstag ein sozialdemokratischer Antrag auf Begnädigung des in Chemnitz zum Tode verurteilten kommunistischen Arbeiters Bartl zur Debatte. Bartl war in Chemnitz an einem Zusammenstoss mit Nationalsozialisten beteiligt, der einem Nazi-Mann das Leben kostete. Er wurde zum Tode verurteilt, obwohl einwandfrei feststeht, dass er den Tod des Nationalsozialisten nicht herbeigeführt hat.

Der Justizminister erklärte im Verlauf der Debatte, vor einer Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Antrag müsse der Entscheid über die Berufung des Verurteilten beim Reichsgericht abgewartet werden. Er könne jedoch heute schon sagen, dass bei einem etwa notwendig werdenden Gnaden-Antrag berücksichtigt werde, dass Bartl den tödlichen Schuss nicht abgegeben habe. Die bürgerliche Mehrheit beschloss darauf, die Abstimmung über den SPD-Antrag zu vertagen, bis das Reichsgericht gesprochen habe.

SPD. Paris, 29. November (Eig. Drahtb.)

In Cherbourg ist am Dienstag-Vormittag ein neues U-Boot vom Stapel gelassen worden. Das neue Schiff "Glorieux" (Der Ruhmreiche), ist von demselben Typ wie der vor kurzem untergegangene "Prométhée". Es hat eine Wasserverdrängung von 1400 Tonnen über Wasser und 2 000 Tonnen in Tauchzustand.

SPD. Dorsten (Westfl.), 29. Nov. (Eig. Dr.)

Auf der Zeche Erst Leopold in Hervest-Dorsten ereignete sich am Mittwoch vormittag ein schwerer Grubenunfall. Durch einen Gebirgsschlag auf der dritten Sohle wurden zwei Bergleute verschüttet. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden.

SPD. Dessau, 29. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die beiden sozialdemokratischen Zeitungen in Anhalt mit ihren beiden Kopfblättern sind von der Naziregierung Freyberg zum zweiten Male verboten worden: das "Volksblatt" in Dessau auf 10 und die "Volkswacht" in Bernburg auf 8 Tage. Das Verbot wird mit einem Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Seger gegen die fortgesetzten, nahezu täglichen Zwangsaufgaben des Nazi-Ministerpräsidenten begründet.

SPD. Dresden, 29. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Landtag beschäftigte sich am Dienstag auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags mit dem Fall des Nationalsozialisten Hentzsch, der vor einiger Zeit in Dresden unter recht merkwürdigen Umständen spurlos verschwand und an dem wahrscheinlich ein Fememord verübt worden ist.

Abgeordneter Geiser (Soz) kritisierte in sehr scharfer Weise das Verhalten des untersuchenden Polizeibeamten. Hentzsch, der SA-Truppführer war, wurde am 4. November abends 11 Uhr von dem Sturmführer Schenk vor ein Restaurant bestellt und ist seitdem spurlos verschwunden. Als Schenk von der Polizei vernommen wurde, erklärte er, er wisse, dass Hentzsch von einem anderen einen wichtigen Auftrag bekommen habe. Er könne aber darüber ohne Genehmigung des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Killinger nicht aussagen. Er telefonierte dann mit Killinger und erklärte, dem Unbekannten sei die Genehmigung zur Aussage gegeben worden. Später telefonierte Schenk in Gegenwart des untersuchenden Kriminalrats Vogel angeblich mit dem Unbekannten und teilte diesem Unbekannten am Telefon mit, dass er in einer halben Stunde bei ihm sein würde. Darauf fuhren Schenk, Kriminalrat Vogel und ein anderer Polizeibeamter mit einem Auto nach Tharandt, einer kleinen Stadt bei Dresden. Auf die Bitte Schenks fuhr das Auto aber nicht vor das Haus, in dem der Unbekannte angeblich wohnte. Der Kriminalrat liess Schenk vielmehr allein in das Haus gehen. Wer nicht zurückkehrte war Schenk. Statt dessen trat ein anderer Mann aus dem Haus, der dem Kriminalrat erklärte, dass er Schenk zwar kenne, ihn aber nicht in dem Hause gesehen habe. Da er sich in Widersprüche verwickelte, nahm der Kriminalrat den Mann mit nach Dresden. Um Schenk kümmerte er sich weiter nicht. Er unterliess es auch, das Haus, in das Schenk gegangen war, zu durchsuchen. Seitdem ist Schenk verschwunden. Mit ihm sind zwei SA-Leute verduftet, die ebenfalls im Verdacht stehen, an dem Verschwinden des Hentzsch mitschuldig zu sein und die aufgefordert waren, auf dem Polizeipräsidium zu einer Vernehmung zu erscheinen.

Der Minister des Innern, Richter, erklärte, dass er über den Fall nicht unterrichtet sei. Der Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, die Polizeibehörden anzuweisen, dass sie den gesamten Apparat zur Aufklärung des Vorfalles einsetzen. Mit den Stimmen der Linken wurde ferner ein Antrag angenommen, der von der Regierung die Ausschaltung nationalsozialistischer Beamter von der Untersuchung fordert.

SPD. Stockholm, 29. November (Eig. Dr.)

Die der Osloer Wirtschaftsentsente angehörenden Staaten Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Luxemburg sind zum 2. Dezember zu einer Konferenz nach dem Haag eingeladen worden. Auf der Tagesordnung der Verhandlungen steht die Frage der handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland und England.

SPD. Der wegen Vergehen gegen die §§ 6 und 16 der Notverordnung angeklagte Geschäftsführer der "Ostthüringer Tribüne" wurde vom Schöffengericht in Gera freigesprochen.

Im September war dieses sozialdemokratische Blatt für zwei Wochen verboten. Als Ersatz erhielt die Abonnenten die in Greiz erscheinende "Reussische Zeitung". Ausserdem liess der Ortsausschuss des ADGB in Gera für seine Gewerkschaftsmitglieder im Verlag der "Tribüne" ein Nachrichtenblatt drucken. Es hatte den Titel "Geschäftsanzeiger" und wurde von den Austrägern der "Tribüne" verbreitet. Dieser "Geschäftsanzeiger" wurde sofort von dem Oberstaatsanwalt beschlagnahmt. Der Vorsitzende des ADGB, Paul Schmidt, sowie der Geschäftsführer Arno Meissner erhielten gleichzeitig eine Anklage wegen Verstoss der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt, ein Nazimitglied, beantragte gegen Schmidt und Meissner je drei Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Neumann (Berlin) erläuterte anhand von Entscheidungen des Staatsgerichtshofs und des Reichsgerichts die zu einem Zeitungsverbot erforderlichen rechtlichen Grundlagen. Ein derartiges Verbot sei nicht als Strafe gedacht, sondern als vorbeugende polizeiliche Massregelung, durch die weitere ähnliche Veröffentlichungen, als die zum Verbot führenden, verhindert werden sollen. Voraussetzung für das Verbot eines Ersatzblattes sei jedoch, dass dieses in Bezug auf Tendenz und Inhalt mit dem verbotenen Organ übereinstimme. Das treffe bei dem fraglichen Geschäftsanzeiger in keiner Weise zu, denn er habe nur Inserate und ein Feuilleton enthalten. Weitere Voraussetzung sei, dass jeder Abonnent das Ersatzblatt erhalte, das sei ebenfalls nicht erwiesen. Das Gericht sprach beide Angeklagte auf Kosten der Staatskasse frei.

SPD. München, 29. November (Eig. Drahtb.)
Ein interessanter Totschlagsprozess mit homosexuellem Hintergrund wird seit Dienstag unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem Münchener Schwurgericht verhandelt. Angeklagt ist der 39jährige Geflügelfarm-Besitzer Eugen Freytag aus Oberhof bei Tegernsee, Vorsitzender der nationalsozialistischen Ortsgruppe Tegernsee.

Freytag hat am 25. Mai seinen Hausmeister und Freund, mit dem ihn monatelang ein inniges homosexuelles Liebesverhältnis verband, durch vier Revolver-schüsse verwundet und getötet. Verschmähte Liebe war das Motiv der Tat. Der Hausmeister, dem die Sache nicht mehr geheuer war, wollte seinen Herrn am gleichen Tage verlassen. Der Mörder war am Tegernseer Offiziersstammtisch ein gern gesehener Gast. Seiner nationalsozialistischen Ortsgruppe hatte er, dem seine Geflügelfarm zusammen mit seiner Offizierspension ein recht auskömmliches Dasein ermöglichten, einmal grosszügig 5 000 Mark spendiert. "Ein weichlicher Mensch, der leicht zum heulen neigt, kein Mannsbild - wie man so sagt", so wurde der Angeklagte von einem Sachverständigen charakterisiert. Tatsächlich benahm er sich vor Gericht wie ein Jammerlappen, ganz anders als in seinen "teutschen" Versammlungen. Er will im Zustand höchster Erregung gehandelt haben, nachdem er sich vorher seinem Freund zu Füssen geworfen und ihn angefleht hatte, zu bleiben. Auch der Getötete war eifriger Nationalsozialist, sprach viel in Versammlungen und bewegte sich noch häufiger in homosexuellen Kreisen. Wie eine gefeierte Primadonna puderte, schminkte und parfümierte er sich, empfing Herrenbesuche, erhielt Blumensträuße und fand dabei noch immer Zeit, für Adolf Hitler zu agitieren, dessen Photo er ständig mit sich trug. Zu dem Prozess sind 32 Zeugen und vier Sachverständige geladen.

SPD. Braunschweig, 29. Nov. (Eig. Ber.)

In der Oker wurde die Leiche eines 50jährigen Mannes entdeckt, der allem Anschein nach einem Fememord zum Opfer gefallen ist. Der von Anglern geborgene Tote trug ein Exemplar des Braunschweigischen Naziblattes in der Tasche. Die Untersuchung hat ergeben, dass der bis jetzt noch unbekannt Mann im Bürgerpark mit einer Eisenstange erschlagen und dann in die Oker geworfen wurde.

In der Hauptstadt des Herrn Klagges ist dies innerhalb weniger Wochen der zweite Fememord. Der erste wurde an dem SS-Mann Kampe verübt, der in ein Auto geladen, unterwegs herausgeworfen und darauf von dem SS-Mann Kaune erschossen wurde. Der Mörder ist bis heute noch nicht gefasst.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags fasste am Dienstag einen Beschluss, in dem nochmals gegen das Papensystem Front gemacht wird. In der Entschliessung heisst es u.a.:

"In Uebereinstimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung hält die Fraktion an dem Ziel der Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest. Nur auf diesem Wege kann dem Reich in dieser gefährvollen Zeit eine sichere, vom Volksvertrauen getragene verfassungstreue und soziale Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden."

SPD. München, 29. November (Eig. Dr.)

Wieder ist ein "Rot Mord"-Schwindel der Nazis entlarvt. In der Nacht zum 2. Mai war es zwischen Bauernburschen in dem oberbayerischen Dörfchen Icking zu einer schweren Rauferei gekommen, bei der ein Mann tot, einer lebensgefährlich und ein dritter leichter verletzt auf dem Platze blieben. Zufällig war der Erstochene ein SA-Mann.

Flugs machte die Nazi-Presse aus der Dorfburschen-Rauferei den "Rot Mord von Icking" und tagelang nährte sich der "Völkische Beobachter" von den blutrünstigen Schilderungen der grausigen Taten. Die Beerdigung musste "zu einer wuchtigen Demonstration gegen das marxistische Untermenschentum" dienen. Obwohl die Polizei bald nach sorgfältigster Untersuchung erklären liess, es habe sich nicht der leiseste politische Anhalt als Ursache der Schlägerei ergeben, blieb der "Rot Mord von Icking" dennoch das beliebteste Zugstück in der bayerischen Nazi-propaganda. Jetzt hat ihr die Verhandlung vor dem Schwurgericht in München das Lebenslicht ausgeblasen. In der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende fest, dass die Tat "eine Rauferei besoffener Bauernburschen" gewesen ist, die jedes politischen Motives entbehrte. Von den Angeklagten war nicht ein einziger politisch interessiert noch organisiert. Der Rauferei war ein Streit um einen ausgeschütteten Bierkrug vorausgegangen. Der Haupttäter, ein Wanderbursche aus Warschau, erhielt fünf Jahre Zuchthaus, vier Beteiligte wurden zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

SHL. Paris, 29. November (Eig. Drahtb.)

Der französisch-russische Nichtangriffspakt wurde am Dienstag-Nachmittag im Quai d'Orsay von Herriot und dem russischen Botschafter Dowgalewski unterzeichnet. Herriot und Dowgalewski hielten kurze Ansprachen, in denen sie der Ueberzeugung Ausdruck gaben, dass der Pakt zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Frankreich und Russland und zur Befestigung des Friedens beitragen werde. Das historische Ereignis wurde gefilmt.

SPD. Trier, 29. November (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht verurteilte am Dienstag den Kaufmann und Nazimann Anton Lamberty aus Gerolstein wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Ph. Scheidemann zu sechs Monaten Gefängnis.

In einer sozialdemokratischen Versammlung hatte Lamberty behauptet, Scheidemann sei am 16. und 17. Mai 1917 in Holland gewesen und habe im Beisein des französischen Botschafters mit dem französischen Spion Leutnant Desgranges verhandelt, damit keine Lebensmittel und kein Kupfer mehr nach Deutschland eingeführt würden, um dadurch zum Ende des Krieges und zur Revolution zu kommen. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte im Verlauf der Beweis-aufnahme den Oberpräsidenten Noske, Reichstagsabgeordneten Landsberg und Reichstagsabgeordneten Dittmann als Zeugen zu laden. Sie sollten bekunden, dass die SPD im Kriege mit dem Spionagebüro Desgranges in Holland in Verbindung gestanden habe und dieser Spion, der unter dem Namen Grosse der SPD angehört habe, mit Scheidemann auch beim Munitionsarbeiterstreik mitgewirkt habe. Das Gericht entsprach diesem Antrage. Am Dienstag waren die Zeugen und Scheidemann als Nebenkläger erschienen.

Scheidemann erklärte bei seiner Vernehmung, dass er im Kriege mehrfach Auslandsreisen unternommen habe, aber immer im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung. Reichskanzler Bethmann-Hollweg habe ihn verschiedentlich gebeten, im Sinne des Friedens zu wirken. Desgranges habe er in seinem Leben nie gesehen. Am 15. Mai 1917 habe er im Reichstag gesprochen und am 16. Mai verschiedene Verhandlungen gehabt. Jedes Wort der Behauptungen, er habe gegen die Interessen Deutschlands gearbeitet, sei unwahr. Auch eine Propaganda im Sinne der Revolution müsse er entschieden verneinen. Reichstagsabgeordneter Landsberg bezeugte, er halte für völlig ausgeschlossen, was in den Behauptung des Angeklagten aufgestellt werde. Das Buch Desgranges müsse er als ein Sammelsurium von Lügen bezeichnen. Desgranges habe aber in seinem Buch selbst gar nicht behauptet, was von dem Angeklagten vorgebracht worden sei. Oberpräsident Noske erklärte, es sei ganz ausgeschlossen, dass Scheidemann im Kriege Reisen zwecks Schaffung von Verbindungen mit dem feindlichen Ausland gemacht habe. Reichstagsabg. Dittmann bezeugte, dass Anfang 1918 kein Munitionsarbeiterstreik gewesen sei, sondern ein Proteststreik gegen die kaiserliche Regierung und gegen den Gewaltfrieden mit Russland. Dieser Streik sei nicht von der USP oder den Mehrheitssozialisten inszeniert worden. Er bestritt, dass es innerhalb der Mehrheitssozialistischen Partei wie der USP während des Krieges eine Gruppe gegeben habe, die mit dem feindlichen Ausland in Verbindung gestanden hat.

Der Staatsanwalt betonte in seiner Anklagerede, dass der angetretene Wahrheitsbeweis kläglich gescheitert sei. Die von dem Angeklagten aufgestellten Behauptungen seien objektiv unwahr. Der Vorwurf eines Landesverrats gegenüber einem Mann, der, wie Scheidemann, in Deutschlands schwerster Stunde auf verantwortlichem Posten gestanden habe, müsse als unerhört bezeichnet werden. Er beantragte gegen Lamberty 9 Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis des Urteils in einigen Trierer und Gerolsteiner Zeitungen.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, dass der Wahrheitsbeweis völlig misslungen sei, dass es dem Angeklagten nur darauf angekommen sei, die Gegenpartei verächtlich zu machen. Der Angeklagte habe ohne ernsthafte Prüfungen seine Behauptungen aufgestellt.

SPD. Dresden, 29. November (Eig. Drahtb.)

Im Dresdener Handelskammerbezirk erlitten am Dienstag die Nationalsozialisten bei den Handelskammerwahlen eine schwere Niederlage. In allen Gruppen siegten die Verbandslisten mit grosser Mehrheit. Es wurde kein einziger Nazikandidat gewählt.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hugenbergs Harlekine.

SPD. Die Regierungskrise wird vom Volk mit grossem Ernst verfolgt. Es hat das Gefühl, dass mit ihm gespielt wird und steht in Erwartung. Hitlers Spiel hat deshalb so katastrophal für ihn selbst gewirkt, weil die mangelnde Ernsthaftigkeit hervortrat. Aber Hitler hat immerhin noch staatsrechtliche Argumente ins Feld zu führen. Wie aber verhalten sich die Leute Hugenbergs, seine Journalisten, die die Politik unter dem Gesichtspunkt der getretenen Hühneraugen sehen? Einer von ihnen lässt sich in den deutschnationalen "Hamburger Nachrichten" folgendermassen vernehmen:

"In Deutschland herrscht wieder einmal Premierenstimmung. Der gesamte Milchring - Gattungsbegriff aller derer, die heute führende Persönlichkeiten sind oder es sein möchten - also der ganze Milchring, ist zur Kontrollversammlung nach Berlin geeilt. Das übrige Deutschland liegt seit einer Woche allabendlich an der Deutschen Welle und lauscht dem, was ihm der Drahtlose Dienst was der grosse Moritz dem kleinen Moritz täglich zu erzählen weiss. Mit anderen Worten: die Primadonnen, Raufhähne und Harlekine vom Durchschnittsniveau des deutschen Politikers traten auf die Berliner Drehbühne, um den Plumpsack herumgehen zu lassen. Und wenn Herr Meissner die Ansage hatte und den Plumpsack, alias Briefbeutel, herumreichte, nun das sieht jeder, worauf wir gewartet haben, auf die Schlussapotheose. Nicht auf ein neues Kabinett, sondern auf den, oder auf die, die den letzten gekriegt haben. Wir streiten nicht ab, dass wir uns gut dabei unterhalten haben."

Mit solchen Schmockereien, traurig im Stil wie im Inhalt, wird bei Hugenberg Politik gemacht! Die ernsteste Situation ist für sie nur Gelegenheit für eine Harlekinade, die Zukunft Deutschlands wird von ihnen aus der Perspektive der Harlekine heraus angesehen. Zu höheren Gesichtspunkten reicht es bei den Hugenbergschmöcken selbst in dieser Situation nicht. Wer aber die Politik unter dem Gesichtspunkt des Harlekins betrachtet, für den kann eines Tages ein böser Aschermittwoch erfolgen!

Zurück zum Ursprung.

Es bröckelt in der NSDAP. Bald hier, bald dort, zeigen sich kleine organisatorische Abspaltungen. Die Zahl der Nazimitglieder, die an diesen Abspaltungen teilnimmt, ist nicht entfernt zu vergleichen mit der Zahl der Wähler, die den Nationalsozialisten davonläuft. Aber die Richtung dieser Abspaltungen ist bemerkenswert. Ein Teil von ihnen ist in das Lager der verschwommenen Sozialrevolutionäre zurückgekehrt. Das ist vor allem die Gruppe um Otto Strasser, die sich mit anderen Oppositionsgruppen zu einer neuen Deutschsozialistischen Splitterpartei zusammengeschlossen hat.

Im Hannoverschen Bezirk ist ein SS-Führer in Gemeinschaft mit einem ehemaligen Gaupropagandaleiter zur Deutschvölkischen Freiheitsbewegung zurückgekehrt und macht Propaganda für Reinhold Wulle und Major Henning. In Ostpreussen sind mehrere hundert Nationalsozialisten ausgetreten und haben einen Dinter-Bund, nationalsozialistischer Kampfbund gegen Juda und Rom gegründet. Sie haben Dr. Arthur Dinter zum Ehrenvorsitzenden ernannt, gründen Ortsgruppen und wollen zum Reichstag, Landtag und Gemeindevertretungen kandidieren.

Das Interessante daran ist, dass aus solchen Splittergruppen die Nationalsozialistische Partei seinerzeit zusammengemanscht worden ist. Politische

Phantasten, Querulanten, Sektierer sind durch Grossmäuligkeit und phantasievolle Versprechungen unter einer Parteihut gekommen. Kaum hat die Enttäuschung begonnen, so gehen sie wieder zurück zu ihren Sektierergruppen. Die Bewegung ist zwar nicht zahlenmässig stark, aber in ihrer Tendenz bedeutungsvoll. Der Kitt, der die Splitter zusammengehalten hat, bindet nicht mehr!

Der höfliche Kommissar.

Die Linkspresse wird von den Reichskommissaren in Preussen mit Hilfe der Notverordnungen nach Kräften stranguliert. Es hagelt Verbote und Auflagenachrichten. Dennoch soll es vorkommen, dass Reichskommissare in Preussen der Presse gegenüber mit ausnehmender Höflichkeit verfahren. Die "Deutsche Zeitung" hatte das Treiben der Breslauer Radaustudenten gegen den Professor Cohn kräftig unterstützt. Sie hat die Ernennung Cohns zum Mitglied des Prüfungsausschusses als eine Provokation bezeichnet und hat den Kommissar für das Kultusministerium, Professor Kähler, auf das heftigste angegriffen. Wie hat sich der Herr Reichskommissar Kähler zu diesen Angriffen und zu dieser offenkundigen Unterstützung der Gesetzwidrigkeiten der antisemitischen Studenten verhalten? Hat er verboten? Hat er eine Auflagenachricht geschickt? Nichts dergleichen. Er hat dem Hauptschriftleiter der "Deutschen Zeitung" einen Brief geschrieben, in dem es heisst:

"Ich erlaube mir, demgegenüber darauf aufmerksam zu machen, dass es der normale Weg ist, dass ein ordentlicher Professor bei Antritt seines Amtes zum Mitglied des für sein Fach in Frage kommenden Prüfungsausschusses ernannt wird. Es wäre geradezu ungewöhnlich und eine Ausnahmebehandlung gewesen, wenn man die Ernennung in diesem Falle unterlassen hätte. Eine Herausforderung der dortigen Studentenschaft konnte also durch diese sozusagen automatisch erfolgende Massnahme weder beabsichtigt sein, noch kann sie bei Kenntnis der Zusammenhänge für einen gerechten Beurteiler als solche wirken."

Wer hätte gedacht, dass ein Reichskommissar in Preussen einer Zeitung gegenüber so höflich, so kollegial gegenüberzutreten könnte. Dass er geradezu einen Entschuldigungsbrief schreibt, wo er ausnahmsweise einmal im Recht ist! Aber es handelt sich eben nicht um eine Linkszeitung, sondern um ein antisemitisches Hetzorgan der staatsstreichlüsternen Kreise. Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Auch für einen Reichskommissar in Preussen!

Auf Hitlers Spuren.

Die nationalsozialistischen Landesregierungen und Gemeindebehörden haben der Bevölkerung Anschauungsunterricht erteilt über den Unterschied zwischen ihren Reden und Taten. Sie haben überall Bürgersteuer erhöht und eingeführt, sie haben die Schlachtsteuer eingeführt, sie haben Beamtengehälter abgebaut, kurzum sie haben in allem das Gegenteil von dem getan, was sie versprochen haben.

Die Kommunisten machen nach, was die Leute Hitlers ihnen vorgemacht haben. Auch sie erteilen der Bevölkerung Anschauungsunterricht. In Meinsberg bei Waldheim in Sachsen ist vor einiger Zeit ein kommunistischer Bürgermeister gewählt worden. Die Kommunisten führten grosse Reden, Bildung einer Arbeiterwehr, Steuerpflicht nur von 3000 Mark Einkommen aufwärts, Mietefreiheit für alle, deren Einkommen unter 2000 Mark liegt. Daraus wurde natürlich nichts. Aber als die Bürgersteuer auf 500 Prozent erhöht werden sollte, da stimmten die drei Kommunisten in der Gemeindevertretung einmütig dafür! Ganz auf Hitlers Spuren!

"Die menschliche Wespe" aller Welt

"Die menschliche Wespe."

Der unheimliche Lebemann von Chicago - Gesellschaftstanz als Totentanz....

SPD. New York, Ende Nov. (Eig. Ber.)

Ein gefährlicher Verbrecher macht gegenwärtig Chicago unsicher. Es ist ein Mann, der mit einer vergifteten Nadel seine Opfer verletzt, so dass sie nach einigen Tagen schwer erkranken. Bisher sind drei Todesfälle vorgekommen. Eine Anzahl Schwerkranke, die die "menschliche Wespe" gleichfalls auf dem Gewissen hat, liegt in den Hospitälern.

Der Fall der "menschlichen Wespe" ist ein typisches Beispiel für das Gesetz der Duplizität der Ereignisse. Der Verbrecher begann mit seiner unheimlichen Tätigkeit fast um die gleiche Zeit, in der die Untaten der indischen Serumspritzer bekannt wurden: mehrere Leute in Bombay und anderen Städten Indiens erkrankten plötzlich, nachdem sie auf der Strasse von einem Unbekannten im Gedränge angestossen worden waren. Es stellte sich heraus, dass der unbekannt Täter eine Serum-Spritze mit Gift verwandte, um damit Strassenpassanten zu injizieren. Da die Verletzung kaum spürbar war, hatten ihr die Vergifteten zunächst nur wenig Beachtung geschenkt. Erst als die ersten schweren Erkrankungen bekannt wurden, meldeten sich noch eine ganze Reihe von anderen Leuten, die dem Serum-Anschlag des anonymen Verbrechers zum Opfer gefallen waren.

Die Chicagoer "menschliche Wespe" tritt als eleganter Lebemann auf. Es ist erwiesen, dass die Injektionen in verhältnismässig vornehmen Lokalen während des Tanzes vorgenommen wurden. Daher wird es hier auch leichter als in Indien sein, den Verbrecher, offenbar einen Geisteskranken, zu ermitteln. Dorothy Depew, eine 19jährige Sekretärin, war das erste Opfer. Das junge Mädchen besuchte des Abends öfters ein Tanzlokal. Einige Tage nach einem solchen Besuch wurde Dorothy Depew plötzlich krank. Am linken Oberarm trat eine etwa wallnussgrosse Schwellung auf, die sich bald als Symptom einer Art Blutvergiftung herausstellte. Nach der Herkunft der Verletzung befragt konnte Dorothy Depew den behandelnden Aerzten zunächst keine Auskunft geben. Dann aber erinnerte sie sich, beim letzten Tanzabend mit einem unbekanntem Herrn getanzt zu haben, wobei sie plötzlich am Arm das Gefühl verspürt hätte, von einer Nadel gestochen zu sein. Die Aerzte hielten diese Erklärung für Fieberphantasien. Dorothy Depew starb unter entsetzlichen Schmerzen.

Die Polizei, die sich für den sonderbaren Fall interessiert hatte, horchte auf, als er sich nach wenigen Tagen - wiederholte. Ethel Bliss, eine Angestellte, wurde ebenfalls mit einer Blutvergiftung am linken Oberarm ins Krankenhaus eingeliefert. Das junge Mädchen fand zuerst die Verletzung unerklärlich, besann sich dann aber, wie sie bei Gelegenheit eines Tanzabends während des Tanzes plötzlich einen Stich im Arm gefühlt habe. Es gelang den Aerzten, das Leben der Verletzten zu retten.

Noch 12 weitere Mädchen meldeten sich mit Armverletzungen in Krankenhäusern. Zwei von ihnen starben, zehn kamen mit dem Leben davon. Alle Geretteten haben sich der Polizei von Chicago zur Verfügung gestellt, um die "menschliche Wespe" zu ermitteln. Aber ihre Zeugenaussagen weichen sehr voneinander ab. Das Bild des Verbrechers ist alles andere als deutlich. Nur eins steht fest: die "menschliche Wespe" besucht stets Tanzlokale, in denen lebenslustige junge

Mädchen verkehren. Der Verbrecher, der offenbar über grosse Geldmittel verfügt, nähert sich seinen Opfern ganz unbefangen und bittet sie um einen Tanz. Dabei hält er allem Anschein nach die vergiftete Nadel bereits in der Hand, um dann seine Tänzerin bei passender Gelegenheit verletzen zu können. Gleich nach der Tat verschwindet die "menschliche Wespe" aus dem Lokal und lässt sich niemals wieder dort blicken. Bisher ist es der Polizei von Chicago nicht gelungen, den geheimnisvollen, gefährlichen Tänzer ausfindig zu machen.

-1.

+ + +
Hans Much +.

SPD. 52 Jahre alt ist in Hamburg der Tuberkulose-Forscher und Schriftsteller Hans Much einem Herzschlag erlegen. Eine bedeutende, kampffrohe, stets strebend bemühte, zuletzt im Lübecker Calmette-Prozess heftig umlärmt Persönlichkeit ist mit Much dahin gegangen. Jede fachmännische Enge war ihm fremd. Er wollte die Wissenschaft ins Leben stellen, selbst zu einem Teil des Lebens machen. Sein Lebenswerk umriss er in jener selbstbewussten Weise, die ihm viel Feinde schuf, indem er an seinem Geburtshaus in dem märkischen Städtchen Zechlin eine Gedenktafel mit folgender Inschrift anbringen liess: "Hier wurde am 24. März 1880 der Arzt und Forscher, Denker und Dichter Hans Much geboren". Dass er sich in den Lübecker Gerichtssaal, in dem er ein Sachverständigen-Gutachten abgab, von seinen Verehrerinnen Blumen bringen liess, liegt auf derselben Linie ungebändigter Eitelkeit. Er empfand sich als Genie, als Goethe-ähnlich. Seine endgültige Bedeutung ist wohl noch nicht bestimmt.

Much, ein Pfarrerssohn, der als Dreißigjähriger das Staatsexamen bestand, wurde im Jahre 1905 von seinem Lehrer Behring zum Abteilungsvorstand seines Serum-Instituts ernannt. Später leitete er eine eigens eingerichtete bakteriologisch-serologische Abteilung am Krankenhaus Hamburg-Heppendorf, ausserdem ein Tuberkulose-Forschungsinstitut. Neben manchen Mitteln zur Krankheitsabwehr fand er die Heilbedeutung der Bestrahlung von Milch. Gemeinsam mit dem Lübecker Professor Deycke führte er ferner die Partigenbehandlung der Tuberkulose ein. Seine letzten Versuche galten der Übertragung von Tuberkelbazillen auf Pflanzen; er suchte ein Tuberkulose-Pflanzenheilmittel. Im Lübecker Prozess sprach er zuerst gegen seinen Freund und Mitarbeiter Deycke, bemühte sich aber dann um den experimentellen Nachweis, dass der Calmette'sche Impfstoff von selbst wieder virulent werden könne.

Auch der - zuletzt dem Buddhismus zugeneigte - Denker und Dichter Much war im kulturellen Hamburg eine bekannte Erscheinung, bewundert in mancher gedankenvollen Schrift, bestaunt in der Vielseitigkeit seiner Interessen. Unter den etwa 40 Büchern, die Much veröffentlichte, finden sich ausser mehreren fachwissenschaftlichen Werken über das Wesen der Heilkunde, über die Beziehungen zwischen Körpergesundheit und Weltwirtschaft usw. eine Reihe von exotischen Reiseromanen, mehrere Bände plattdeutscher Predigten (in Waldgottesdiensten sprach er zu den Bauern der Lüneburger Heide!) und ein wichtiges Buch über die Norddeutsche Backsteingotik. Er hatte immer etwas zu sagen und - sagte es in einem ausgezeichneten Stil.

Zu Muchs Freunden und Bewunderern gehörte der Lübecker Calmette-Richter: Amtsgerichtsrat Wibbel. Als man ihn nach dem Prozess, der ihn im Innersten erschütterte, in einer Irrenanstalt internierte, war es Much, der sich für seine Freilassung einsetzte. Als Wibbel freigelassen worden war, besuchte er Much an seiner Hamburger Arbeitsstätte. In der Nacht darauf hat sich Wibbel erschossen. Much selbst aber ist nun schon der Fünfte in der Totenliste, die das Schicksal im Anschluss an den Calmetteprozess, dem Sühneversuch für einen 76-fachen Tod, eröffnete....

+ + +

Bestrafte Untreue. Das Dresdener Schöffengericht verurteilte den früheren Kassierer Ansohl der Sektion Dresden des stark nationalsozialistisch orientierten Deutsch-österreichischen Alpenvereins wegen Untreue, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Ansohl, der seit Herbst 1923 die Mitgliederbeiträge seines Vereins und die Einnahmen aus einer Umlage einkassierte, veruntreute insgesamt rund 10 000 Mark. Um die Verfehlungen zu verdecken, nahm er falsche Eintragungen vor. Das unterschlagene Geld wurde teils im Haushalt, teils zur Finanzierung eines luxuriösen Lebenswandels verwandt. Der Angeklagte war geständig.

+ + +

Die Tragödie des Arztes. Der Selbstmordversuch des vor einigen Tagen in Hamburg verhafteten Arztes Dr. Enoch wird vermutlich nicht zum Tode führen. Die Ärzte haben begründete Hoffnung, Dr. Enoch zu retten.

Es hat sich inzwischen bestätigt, dass - im Gegensatz zu dem Verdacht der Staatsanwaltschaft - niemand durch die Enochschen Serum-Einspritzungen an seiner Gesundheit geschädigt wurde. Die gegen Dr. Enoch erhobenen Vorwürfe sind erlogen - sie stammen sämtlich aus nationalsozialistischer Quelle. Die Nazis, die ihre Informationen von einem entlassenen Angestellten bezogen, hatten u.a. auch behauptet, dass Dr. Enoch Fleisch von eingegangenen Pferden des Hamburger Schachthofs zum Genuss freigegeben habe. Auch an dieser Behauptung hat kein wahres Wort. Tatsache ist offenbar nur, dass Dr. Enoch, wie er auch bei seiner Verhaftung zugegeben hat, zum Versuch seiner Sera gelegentlich amtlich nicht gestempelte Plomben verwandt hat - seine Freunde nehmen an: weil ihm in eiligen Fällen die Gesundheit seiner Patienten wichtiger war als die Erfüllung einer Formalität. Im Hinblick auf die geringen staatlichen Stempelgebühren kommt Gewinnsucht als Motiv nicht in Frage.

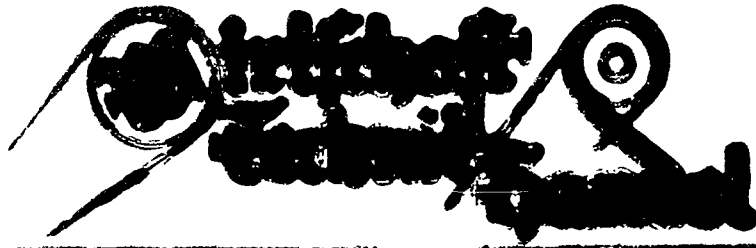
+ + +

Vor dem Bullerjahn-Urteil! Im Leipziger Landesverratsprozess erklärte der zweite Verteidiger des Angeklagten Bullerjahn, Professor Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. Main, dass sich im vorliegenden Falle für einen Verrat überhaupt kein Beweis erbringen lasse. Allem Anschein nach habe die Wittenauer Waffensuche durchaus im politischen Plan der Alliierten gelegen. Am 29. Dezember 1924 hätte z. B. der französische Kriegsminister Nollet auf Drängen der französischen nationalsozialistischen Rechten erklärt, dass er seit Oktober in Deutschland regelmässig intensive Waffenkontrollen durchführen lasse. Die These des Reichsanwalts, die in dem Unerwarteten der Untersuchung einen Beweis für den Verrat sähe, sei also haltlos. Ein Situationsplan des Wittenauer Lagers wäre ohnedies schon längst im Besitz der Interalliierten Kontrollkommission gewesen. Dass Leutnant Jost bei der Untersuchung nicht gerade dilettantisch vorgegangen wäre, fände seine Erklärung in dem Zivilberuf Josts: er sei Kriminalkommissar gewesen. Leutnant Jost habe eine Spionagezentrale unterhalten und sei zweifellos durch Teilangaben vieler Personen in den Besitz einer guten Kenntnis gekommen. Dass zahlreiche Personen von dem geheimen Wittenauer Waffenlager gewusst hätten, habe ja im Gegensatz zum Oberreichsanwalt das Gericht selbst als wahr unterstellt.

Auf Replik und Duplik von Reichsanwaltschaft und Verteidigung folgte das Schlusswort des Angeklagten Bullerjahn: "Ich habe mit der mir zur Last gelegten Tat nie etwas zu tun gehabt, und heute wie damals, als ich zum ersten Mal vor dem Reichsgericht stand, kann ich nur wiederholen; ich bin unschuldig!"

Das Urteil wird am Sonnabend verkündet.

=====



Der Ruhrtrust.

 Durch Ueberkapitalisierung und Gründergewinne ruiniert.

SPD. Dass die Vereinigten Stahlwerke pleite sind, pfeifen seit langem die Spatzen von den Dächern. Nur die Grossaktionäre, Fritz Thyssen usw., wollen das nicht wahr haben. Vergebliche Liebesmüh! Sehen wir uns unsere Zusammenstellung an, die die heutige Lage des Stahlvereins und wie es dazu kam, eindeutig erkennen lässt, dann ergibt sich, immer in Millionen Mark, für Eigenkapital und Schulden beim Stahltrust folgendes:

	April 1926 (Gründung)	Sept. 30 (Sept. 31) (letzte Bilanz)	Ab- und Zunahme gegen 1926
Eigenkapital u. Reserven	880	880	- 44
Schulden	318	886	+ 624
Anlagewerte <u>mit</u> Abschreibungen	1 078	1 439	+ 400
<u>ohne</u>	1 078	1 076	- 6
Beteiligungen	93	318	+ 198
Umsatz	-	1 261	849

Hinsichtlich der Kapazität und der Ausnutzung der Werke ist, immer in Millionen Tonnen, folgendes festzustellen:

	Kohle	Koks	Roheisen	Stahl
Kapazität am 1.4.26	37,20	9.20	10.10	9.40
" " " 1.1.32	33.30	10.50	10.00	9.26
Höchste Ausnutzung (28/29)	27.24	9.63	6.01	6.42
Niedrigste " " (31/32)	14.28	3.86	2.09	2.19
Daraus mittlere Ausnutzung	20.76	6.75	4.05	4.30
<u>in Proz. der Kapazität 1932</u>	62.4	64.3	40.5	46.2

Ueber die Umsätze das Lohnkonto und den Schuldendienst unterrichtet folgende Zusammenstellung:

	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Umsätze	1 445	1 261	849	522 Mill. Mk.
Löhne u. Gehälter	501	473	312	ca. 200 " "
Gesamter Schuldendienst	48.8	51.3	57.1	ca. 61.1 " "
in Prozent des Umsatzes	3.3	4.1	6.8	11.7 Prozent
in Prozent der Löhne u. Gehälter	9.5	10.9	18.3	30.5 " "

1931 betrug die reine Zinslast im Verhältnis zum Umsatz beim Stahlverein 5,6 %, bei Krupp dagegen nur 2,2, bei Hoesch 2,5, bei Haniel 1,5 und bei Mittelstahl 2,4 %. Die Schuldenlast des Stahlvereins (Tabelle I) hatte schon 1931 das gesamte eigene Kapital um 50 % überstiegen. Trotz rückgängiger Konjunktur wuchs sie auch 1930, 1931 und selbst noch 1932 stark an. Die Umsätze sind 1931/32 gegenüber dem besten Jahr 1928/29 von 1 445 auf 522 Millionen zurückgegangen (siehe Tabelle III.). Die gezahlten Löhne und Gehälter sind von 501 auf rund 200 Millionen, also fast im gleichen Verhältnis, gesunken. An der schlechten Lage des Stahlvereins sind also die Löhne nicht schuld. Toll ist aber die Entwicklung des Schuldendienstes: Die Last aus Zinsen für Anleihen und kurzfristige Schulden einschliesslich der Anleiherückzahlung ist nicht zurückgegangen, sondern noch von 48,8 auf über 60 Millionen, d.h. um 15

Prozent gestiegen, bei einem auf $1/3$ zusammengeschrumpften Umsatz. In Prozent ausgerechnet, muss im Jahre 1932 jede achte bis neunte Mark des Umsatzes für den Schuldendienst verwendet werden. In der guten Konjunktur war es nur jede dreissigste Mark. Im Verhältnis zur Lohnsumme beträgt der Schuldendienst jetzt ein Drittel, gegen ein Zehntel 1928/29. Dabei hat der Stahlverein nicht einen Pfennig stille Reserven.

Diese Verhältnisse sind natürlich katastrophal. Die Ursachen dieser Entwicklung sind leicht zu erkennen: Tabelle II zeigt die geringe Ausnutzung der von Anfang an viel zu grossen Anlagen. Im schlechtesten Jahre 1931/32 wurde nur ein reichliches Drittel der Leistungsfähigkeit für Kohlen und Koks und nur ein reichliches Fünftel der Leistungsfähigkeit für Roheisen und Rohstahl ausgenutzt. Die mittlere Ausnutzung des besten und des schlechtesten Jahres (arithmetisches Mittel) liess bei Kohle und Koks fast 40, bei Roheisen und Rohstahl fast 60 Prozent der Anlagen unausgenutzt. Man hat also von vornherein viel zu grosse Anlagen gehabt und sich mit fixen Kosten belastet, die aus den Umsätzen einfach nicht herauszuwirtschaften waren. Hier zeigt sich die für die katastrophale Entwicklung des Stahlvereins entscheidende Fehlspekulation: Man hat sich auf einen niemals zu erreichenden Absatz eingerichtet und sich mit niemals hereinzubringenden fixen Kosten belastet.

Das gewaltige Ausmass der Verschuldung erklärt sich auch daraus, dass man zwangsläufig auch die überschüssige, schon in den besten Jahren nicht ausnutzbare Leistungsfähigkeit d.h. ein Viertel bis zwei Fünftel der gesamten Kapazität mitrationalisiert hat. In Anlagen, die stillzulegen und abzuschreiben gewesen wären, hat man noch Hunderte von Millionen hineingesteckt, die als völlig tote Last auf den Erlösen lagen und liegen.

Man fragt sich, wie es zu solch tollen Fehlspekulationen, zu einer solchen Ueberschätzung der Geschäftsmöglichkeiten kommen konnte. In den übrigen Ruhrkonzernen steht es ja auch nicht gut, aber doch bei weitem nicht so schlecht wie im Stahlverein. Für die phantastische Fehlspekulation gibt die Gründungsgeschichte des Stahlvereins die beste Antwort: Der Stahlverein wurde von vornherein, weil die Gründer, die Thyssen und Konsorten, auf Gründungsgewinne aus waren, überkapitalisiert.

Das Aktienkapital des Stahlvereins ist 1926 bei der Gründung auf 800 Millionen Mark festgesetzt worden, obwohl nach der eigenen Auffassung und ersten Absicht der Gründer nur 600 Millionen angemessen gewesen wären. Die bei der Gründung eingebrachten Werksanlagen wurden um 170 Millionen höher bewertet, als sie vorher in den Bilanzen der Einzelgesellschaften standen, die sich zum Stahlverein zusammenschlossen. Man hat in echtem Gründertaumel sich noch 125 Millionen Mark Genussscheine zum Eigenkapital von 800 Millionen hinzugeschrieben, sodass schliesslich mit den 325 Millionen Mark Gründergewinnen ein Kapital von 925 Millionen zusammenkam, 50 % mehr als nach der ursprünglichen Absicht als Gründungskapital zulässig gewesen wäre. Noch heute, nachdem der Stahlverein bewegungsunfähig und sanierungsreif geworden ist, lasten über 90 von den 125 Millionen Genussscheinen als in 5 Jahren (1931 bis 1936) zu tilgende Kapitalschuld auf der Stahlwerksbilanz!

Es besteht auch kein Zweifel darüber, dass diese Ueberkapitalisierung einfach leichtfertiger Bereicherungssucht entsprang. Die Wahrheit über den Stahlverein ist also einfach und Thyssen und Konsorten können an ihr nichts ändern: Weil man 1926 über dreihundert Millionen Gründergewinne schlucken wollte, kam man später in ungeheure fixe Kosten und Abschreibungsbedürfnisse hinein, weil man zwangsläufig eine um mindestens ein Drittel zu hohe Leistungsfähigkeit rationalisiert hat, kam man in Schuldenberge, die man einfach nicht mehr abtragen kann.

SPD. Das englische Pfund setzt seinen Rückgang fort. In Berlin wurde es am Dienstag mit 13,35 Mark gegenüber 13,48 Mark am Vortag notiert. Dabei folgte die Berliner Notierung nicht einmal ganz dem Pfundrückgang an den internationalen Börsen. Die Reichsbank hat das nicht getan, um die Verluste beim Verkauf von Pfundguthaben abzumildern. Selbstverständlich wirft die neue Pfundentwertung auch wiederum die Kalkulationen im Aussenhandel über den Haufen.

Damit ist es aber bei weitem noch nicht getan. Setzt sich der Rückgang des englischen Pfundes fort, so ist zu befürchten, dass alle Besserungen, die in den letzten Monaten an den Warenmärkten zu verzeichnen waren, zum Teufel gehen. Die Erholung der Weltwirtschaft stösst, wenn diese Befürchtung wahr wird, auf neue Hindernisse.

Es ist deshalb begreiflich, dass man diessseits und jenseits des grossen Teichs, in Europa wie in Nordamerika, dabei ist, um die Situation der englischen Währung zu erleichtern. Dahin gehört wohl ein englisches Projekt, wonach England Mitte Dezember wohl die Zinsen an Amerika, aber nicht die Tilgungssummen zahlt. Bei den Zinsen handelt es sich um rund 65 Millionen Dollar, bei den Tilgungssummen um etwa 30 Millionen Dollar. Die Summe bleibt weit hinter den Verpflichtungen zurück, die England Mitte Dezember für die Abtragung seiner Kriegsanleihe aufzubringen hat. Die Gesamtsumme beträgt hier für Mitte Dezember 30 Millionen Pfund von rund 80 Millionen Pfund nichtkonvertierter Kriegsanleihe, die sich z.T. in ausländischem Besitz befindet. Selbstverständlich zweifelt niemand an Englands Zahlungsfähigkeit. Aber es besteht die Gefahr, dass die Anleihebesitzer die von der englischen Regierung ausbezahlten Summen sofort wieder auf den Markt werfen, wodurch die englische Währung weiter erschüttert werden muss. Diese Entwicklung ist bei einem Lande ganz zwangsläufig, das, wie England, einmal von der Goldwährung abgewichen ist.

Berliner Viehmarkt.

(29. Nov.)

SPD. Auf dem Dienstagmarkt konnten sich die Preise für Schweine und Rinder erholen. Vor allem genügte der Auftrieb auf dem Schweinemarkt nicht ganz. Auf dem Rindermarkt wurden prima Tiere gesucht. Am Hammelmarkt waren Angebot und Nachfrage ziemlich ausgeglichen. Das Geschäft entwickelte sich durchaus einheitlich, bei ziemlich unveränderten Preisen. Dagegen konnten am Kälbermarkt prima Kälber bessere Preise erzielen und beste Mast- und Saugkälber die letzten Notierungen behaupten.

Notierungen: Schweine a) über 300 Pfund - (-), b) 240 - 300 Pfund 42 - 43 (40 - 42), c) 200 - 240 Pfd. 40 - 42 (38 - 40), d) 160 - 200 Pfund 37 - 39 (35 - 38), e) 120 - 160 Pfd. 35 - 36 (32-34) Sauen 36 - 38 (34 - 37) Schafe: a) 31 - 32 (31-32), b) 28 - 30 (28-30), c) 25 - 27 (25-27), d) 16-24 (14-24). Kälner: b) 38 - 46 (38-46), c) 25-38, d) 16-22 (16-24). Kühe: a) - (23-25), b) 18-22 (17-21), c) 15-17 (15-17), d) 9 - 14 (9-14).

SPD. Der Hoeschkonzern schliesst das verflossene Jahr mit einem Rohgewinn von nicht ganz 700 000 Mark (im Vorjahr 7,5 Millionen) ab. Neben den regulären Abschreibungen in Höhe von 11 Millionen Mark werden Abschreibungen von über 20 Millionen Mark auf Beteiligung durchgeführt. Die Mittel werden durch Einbeziehung von 40 Mill. Mark Aktien beschafft.

Geschäft mit Stützungsstellen.

(Berliner Getreidebörse vom 29. November.)

SPD. Auch am Dienstag stand die Börse durchaus unter dem Eindruck der starken Käufe der Stützungsstellen. Im übrigen gab es nur kleines Bedarfsgeschäft. Auf dem Lieferungsmarkt wurden die März- und Maitermine stärker gestützt, wobei die Stützungsstellen eine 1/2 bis 3/4 Mark höhere Notierung erzielen konnten. Auch der Dezember- und Märztermin für Hafer lagen fester. Bei stärkerer Aufnahme der Stützungsstellen erhöhte sich die Notierung am Promptmarkt für Weizen um 1 Mark. Die Roggennotierung blieb unverändert. Das Mehlgeschäft lag nach wie vor schlecht.

	<u>28.11.</u>	<u>29.11.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	193 - 195	194 - 196
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	124 - 129	125 - 130
Weizenmehl	24,10 - 27,00	24,10 - 27,00
Roggenmehl	19,75 - 22,10	19,75 - 22,10
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,60 - 9,00	8,75 - 9,10

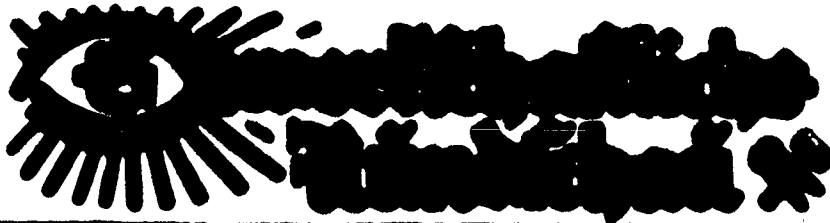
Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen Dezember 208 - 209 (Vortag 207 $\frac{1}{4}$), März 210 - 210 $\frac{3}{4}$ (209 $\frac{1}{2}$). Mai 214 $\frac{1}{2}$ - 214 (214). Roggen Dezember 168 $\frac{1}{4}$ - 169 - 168 $\frac{1}{4}$ (167 $\frac{1}{2}$). März 173 - 172 $\frac{3}{4}$ (172 $\frac{1}{4}$), Mai 176 $\frac{1}{2}$ - 176 $\frac{1}{2}$ (176). Hafer Dezember 132 (131 $\frac{3}{4}$), März 135 $\frac{3}{4}$ (135), Mai - (-).

Rauhfutternotierungen.

(29. Nov.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	R#	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh	R#	0,45 - 0,60
" " Haferstroh	R#	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh	R#	0,45 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	R#	0,75 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	R#	0,60 - 0,80
" " Weizenstroh	R#	0,45 - 0,60
Häcksel	R#	1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	R#	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken 1. Schnitt	R#	1,80 - 2,20
Luzerne, lose	R#	2,15 - 2,45
Thymothee, lose	R#	2,20 - 2,50
Kleeheu, lose	R#	2,00 - 2,30
Drahtgepresstes Heu	R#	0,40 über Notiz.

SPD. Berliner Butterpreise vom 29. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Sorten 97 RM je 50 kg, Tendenz: ruhiger.



Austauscharbeiter!

Für internationale Zusammenarbeit.

SPD. Schon in den ersten Jahren nach dem Krieg ging der Ruf "Schafft einen internationalen Arbeiteraustausch!" durch die Arbeiterpresse. Kaum aber war die Kriegspsychose im Abflauen, da kam die Inflation, und kaum war diese verwunden, da kam die grosse Wirtschaftskrise; immer ein neues Hemmnis. Bessere Zeiten abwarten, hiesse kostbare Zeit ver-säumen. Der Arbeiteraustausch, der für den Fortschritt der Arbeiterbe-wegung so dringend notwendig ist, muss nun endlich einmal planmässig und mit Energie angepackt und durchgeführt werden. Zu diesem Zweck ver-öffentlichen wir den nachfolgenden neuen Vorschlag. D.R.

Argentinien, eines der ganz wenigen Länder, die den Arbeitslosen un-ter nicht leicht zu erfüllenden Bedingungen und auf eigenes Risiko bisher offen standen, schliesst sich mit dem neuen Jahr nun auch ab. Für die eu-ropäischen Länder gilt dies ohne Ausnahme schon längst. In fremde Länder rei-sen, deren Sprache lernen, deren Menschen näher kommen, deren wirtschaft-liche und politische Verhältnisse und Entwicklung studieren, ist heute im allgemeinen nur denen möglich, die entweder das nötige Geld dazu haben, oder deren man es durch Stipendien gibt. Für die Arbeiterschaft besteht - von einem kleinen Kreis von Spezialisten abgesehen - in diesem Punkte die voll-kommenste "Autarkie". Wer ins Ausland reist, muss sich verpflichten, dort keinerlei Erwerbstätigkeit nachzugehen.

In den letzten Jahren hat man - vprzüglich in Deutschland - versucht, durch Organisierung billiger Auslandsreisen einen gewissen Ersatz zu schaf-fen. Lohnabbau und Krise haben auch diesem unzulänglichen Ersatz den Garaus gemacht. Der trotz aller Widerstände langsam in Schwung kommende Schüler-austausch während der Schulferien ist zu begrüssen und zu fördern. Er muss-te durch Angleichung der Schulprogramme über die Ferien hinaus ausgedehnt werden. Aber das steht vorläufig leider noch in weiter Ferne. Auch die Freunde der internationalen Kleinarbeit leisten unter sehr schwierigen Verhält-nissen eine verdienstvolle Pionierarbeit. Selbst unsere Kinderfreunde haben schon ihre Fühler nach dem Ausland ausgestreckt. Schliesslich haben wir das Radio, das ja nicht überall verscholzt ist.

Alle diese Möglichkeiten sind auch für die, denen sie zugänglich sind, bei weitem kein vollwertiger Ersatz für einen jahrelangen Aufenthalt im Ausland. Und um ein Land und seine Menschen wirklich zu kennen, dazu ist auch unter den günstigsten Bedingungen ein Aufenthalt von mehreren Jahren not-wendig. Vergessen wir doch nicht, dass tausendjährige Vorurteile uns im Blu-te liegen, dass wir uns rein physiologisch umstellen müssen, um uns nur an die Ernährungsart und das Klima eines fremden Landes so zu gewöhnen, dass es uns nicht mehr fremd anmutet. Erst wenn wir dies und die gröbsten Sprach-schwierigkeiten überwunden haben - und viele überwinden sie nie - erst dann beginnen wir ein Land und seine Menschen zu verstehen.

Es bedarf keines Nachweises dafür, dass diese Absperrung aller Länder vor der Arbeiterschaft wie vor Pestkranken, wenn sie dauert - und sie wird solange dauern, wie es Arbeitslose in Massen gibt, also gewiss noch sehr

lange - eine steigende und garnicht hoch genug einzuschätzende Gefahr für die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklasse ist, wie für die Verständigung der Völker und den Frieden überhaupt. Dagegen anzukämpfen haben in erster Linie die Gewerkschaften ein Interesse und auch die Möglichkeit.

Wenn dem wilden Herumvagabundieren der Vorkriegszeit wahrscheinlich für immer ein Ende gemacht ist, so braucht man dem nicht sonderlich nachzutruern. Hier war in gewissen Ländern eine Quelle des Lohndrucks. Ausserdem sind die Zureisenden selten gern gesehen, können schon deshalb sich schwer einleben, bleiben immer Fremde und scheiden sehr häufig von dem Gastlande mit ganz verälschten Vorstellungen.

Da die Massenarbeitslosigkeit alle Wanderungen grossen Stils auf lange Jahre ausschliesst, bleibt nur der Arbeiteraustausch. Genau so wie es heute schon einen Schüleraustausch gibt. Es ist klar, dass ein derartiger Austausch, wenn er sinnvoll vorgenommen werden soll, nur durch Gewerkschaften geschehen kann. Der Arbeiter, der Angestellte, der in irgendeiner Stadt in Deutschland in Arbeit steht, müsste gegen einen anderen Arbeiter in England, Frankreich, Skandinavien, Spanien, Belgien usw. ausgetauscht werden. Es ist selbstverständlich, dass dieser Austauscharbeiter in dem Tauschland nicht nur wie ein Einheimischer behandelt werden müsste, sondern dass er einer besonderen Betreuung bedarf.

Die Meisterung der Sprache muss ihm erleichtert werden. Alle Möglichkeiten, ein Land und seine Sitten von innen kennen zu lernen, müssen ihm erschlossen werden. Im Falle des Verlustes der Arbeitsstelle muss er zu Erlangung einer anderen Arbeitsstelle nach Möglichkeit bevorzugt behandelt werden. (Was ja keine Bevorzugung eines Ausländers wäre, da der Landsmann im Auslande sich in der gleichen Lage befinden würde.) Der arbeitslose Austauscharbeiter muss ausreichend unterstützt werden.

Da diese Austauscharbeiter fremde Sprachen und Arbeitsmethoden lernen, kann man mit Recht für dieses Austauschverfahren die Unterstützung der Arbeitsbehörden verlangen. Dass die Gewerkschaften die Auswahl der Austauscharbeiter zu treffen hätten, versteht sich von selbst. Sie hätten sie auch zunächst durch geeignete Kurse vorzubereiten. So wäre es möglich, dass tausende junger, lernbegieriger Arbeiter und Angestellter ins Ausland gingen als Pioniere der Völkerverständigung und der internationalen Zusammenarbeit.
Steiner-Jullien.

SPD. Die Tarifverhandlungen in der Massschneiderei, die dieser Tage in Hannover stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber zeigten sich unachgiebig. Die Tarifvertragsbestimmungen sehen vor, dass die Verhandlungen erst dann als erschöpft zu betrachten sind, wenn ein letzter Schlichtungsversuch mit einem Unparteiischen unternommen worden ist. Zu diesem Zweck ist das Reichsarbeitsministerium ersucht worden, Herrn Professor Dr. Brahn als Sonderschlichter zu bestellen. Die neuen Verhandlungen finden voraussichtlich am 9. Dezember in Leipzig statt.

Der Reichstarifvertrag für die Herren- und Damenschneiderei ist vom Arbeitgeberverband zum 31. Dezember gekündigt. Der Vertrag wurde erst Ende Dezember vorigen Jahres nach monatelangen Verhandlungen unter Mitwirkung von Dr. Brahn erneuert, nachdem den Arbeitgebern durch Schiedsspruch wesentliche Zugeständnisse gemacht worden waren. Was die Arbeitgeber im vorigen Jahr nicht erreichten, wollen sie jetzt durchsetzen. Neben weiteren Verschlechterungen der Akkordbasis für die Herrenschneiderei fordern sie Beseitigung des Urlaubs, der Feiertagsbezahlung, ferner Einführung eines

Doppeltarifs für die Herrenschnaiderei, Zulassung freier Akkordarbeit in der Damenschnaiderei (ohne tarifliche Bindung) und ähnliche schöne Dinge mehr. In Hannover haben bei den Verhandlungen die am Tarifvertrag beteiligten Gehilfenverbände es einmütig abgelehnt, die Grundlage des Tarifvertrags durchlöchern zu lassen. Sie denken nicht daran, einen Tarifvertrag abzuschliessen, der keine Urlaubsgewährung vorsieht, und ebenso einmütig ist ihre Ablehnung eines Tarifvertrags, der in irgend einer Form den Doppeltarif in der Herrenschnaiderei und die wilde Akkordentlohnung in der Damenschnaiderei zulässt.

Obwohl die Akkordberechnungsbasis für die Herrenschnaiderei im Vorjahr in 184 Positionen verschlechtert wurde, will der Arbeitgeberverband durch weitere Verschlechterung des Positionsschemas noch eine allgemeine Lohnsenkung herbeiführen. Auch in diesem Punkt lehnen die Gehilfenverbände weitere Zugeständnisse ab.

SPD. Der Schiedsspruch für das Hamburger Gastwirtsgewerbe wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Angestellten angenommen. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zwecks Verhandlungen über die Forderung der Angestellten auf Verbindlichkeitserklärung des Spruchs zum 31. Dezember geladen.

SPD. Der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung hat beschlossen, die 18-Jahresgrenze für den Bezug von Waisenrente und die Gewährung von Kinderzuschüssen wieder herzustellen. Mit Rückwirkung vom 1. Oktober werden danach die Waisenrenten sowie die Kinderzuschüsse wieder bis zum 18. Lebensjahr gezahlt, vorausgesetzt, dass Schulbesuch oder Berufsausbildung nachgewiesen wird. Für die Wiedergewährung der fortgefallenen Leistungen ist jedoch ein besonderer Antrag notwendig.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Beschluss zugestimmt.

SPD. Der Niederländische Gewerkschaftsbund hat dem Innenminister eine Denkschrift übermittelt, die sich gegen den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte nach Holland richtet. Ein allgemeines Verbot der Beschäftigung fremder Arbeiter hält der Bund für unzweckmässig.

+

Die Aufenthaltsschwierigkeiten, mit denen zur Zeit in Deutschland arbeitslos gewordene holländische Musiker kämpfen müssen, haben den Niederländischen Tonkünstlerbund veranlasst, sich beschwerdeführend an das Haager Auswärtige Amt zu wenden. Der Bund macht auch darauf aufmerksam, dass in Holland immer noch deutsche Musiker für 2,5 bis 5 Gulden die Woche bei erbärmlicher freier Station arbeiten, obwohl so mancher niederländische Musiker im eigenen Lande nur schwer eine Stelle finde.

In Amsterdam ist es vor kurzem am Rembrandtplatz zu Zusammenstößen zwischen arbeitslosen niederländischen Musikern und der Polizei gekommen, weil in einem dort gelegenen Restaurant eine ausländische Kapelle spielt, die sich hauptsächlich aus deutschen Musikern zusammensetzt.
